

## Politik & Wirtschaft

# Geld, Geist und Glamour

**EU-kritische Initiative lanciert** Eine ungewöhnliche Koalition will sicherstellen, dass Volk und Stände in EU-Fragen künftig das letzte Wort haben. Was treibt dieses Bündnis an?

Anja Burri

Über kaum eine andere Frage dürfte in nächster Zeit so gestritten werden: Soll das Schweizer Stimmvolk über das mögliche neue Abkommen mit der EU abstimmen dürfen? Und wenn ja, wie? Für Kurt Aeschbacher, prominenter Fernsehmoderator und Verleger, ist dies «eine Frage des Vertrauens in die Intelligenz der Bürgerinnen und Bürger», wie er gestern vor den Medien in Bern sagte.

Promi Aeschbacher, der im Komitee der neuen Kompass-Volksinitiative sitzt, erklärte seinen für viele wohl überraschenden Abstecher in die Politik gleich selber: «Sie werden sich ja vielleicht wundern, weshalb so ein leichtfüssiger Unterhaltungsfuzzi, wie ich es bin, sich hier einsetzt. Ich möchte mit meinem Engagement mithelfen, das einzigartige Konzept unseres Landes zu erhalten.»

### Wer hat das letzte Wort?

Die Volksinitiative «Für eine direkt-demokratische und wettbewerbsfähige Schweiz – keine EU-Passivmitgliedschaft» will in der Verfassung festhalten, dass nur die eidgenössischen Räte und das Stimmvolk über neue Gesetze in der Schweiz bestimmen können. Und ganz sicher nicht: die EU. Konkret will die Initiative sicherstellen, dass bei Staatsverträgen, bei denen die Schweiz dynamisch anderes Recht übernehmen soll, das Stimmvolk und die Stände das letzte Wort haben. Weil mit diesem sogenannten obligatorischen Referendum nicht nur das Volks-, sondern auch das Ständemehr erreicht werden muss, wird die Hürde für ein Ja an der Urne höher.

Hinter der Volksinitiative steht die Allianz Kompass Europa der drei milliardenschweren Vermögensverwalter der Partners Group, Alfred Gantner, Marcel Erni und Urs Wietlisbach.

Mittlerweile zählt die Gruppe knapp 2500 Mitglieder, wovon alleine in den letzten drei Monaten 1000 neu dazugestossen sind. Im Initiativkomitee sitzen neben Kurt Aeschbacher weitere Prominente, Politiker aus FDP und SVP sowie viele andere Unternehmerinnen und Unternehmer.

Die Initiative richtet sich klar gegen das neue institutionelle Abkommen, das der Bundesrat derzeit mit Brüssel verhandelt



Mit dabei: Der Industrielle Marco Sieber, TV-Moderator Kurt Aeschbacher und Finanzunternehmer Urs Wietlisbach (v. l.). Foto: Peter Klauzner (Keystone)

und bei dem es zum Beispiel darum geht, wer bei Streitigkeiten das letzte Wort hat. Dass die Initianten ihr Volksbegehren lancieren, noch bevor der Bundesrat die Verhandlungen abgeschlossen hat, ist kein Zufall. Von den laufenden Verhandlungen zwischen Bern und Brüssel halten sie nicht viel.

Erste Gespräche mit Rechtsexperten zeigen allerdings: Der Initiativtext lässt doch einigen Interpretationsspielraum zu. So sei zum Beispiel nicht klar, ob ein Ja zur Initiative zur Folge hätte, dass plötzlich auch alte Abkommen wie etwa die Schengen-Dublin-Regeln infrage gestellt würden. Allgemein liessen die Formulierungen offen, wie viele Volksabstimmungen ein Ja zur

Initiative zur Folge hätte. Astrid Epiney, Europarechtsprofessorin an der Universität Freiburg, sagt es so: «Die Initiative zielt offenbar auf das derzeit vom Bundesrat angestrebte Verhandlungspaket. Sie will wohl auch etwas Stimmung gegen die EU machen, dies indem allgemein geltende rechtliche Bestimmungen in die Verfassung eingefügt werden. Doch deren rechtliche Tragweite ist unklar.»

### «Wir sind sicher keine SVP»

Die Kompass-Initiative versteht sich als parteiunabhängige Bewegung, und zur SVP geht man bewusst auf Distanz. Initiant Urs Wietlisbach sagte vor den Medien: «Wir sind sicher keine SVP, die zu allem Nein sagt.» Man lege

trotz allem Wert auf gute Beziehungen zur EU. So stehe man auch zu den bestehenden bilateralen Verträgen.

Trotzdem sitzt mit der Thurgauer Nationalrätin Diana Gutjahr eine prominente SVP-Frau im Initiativkomitee. Und bei der SVP selber zeigt man sich begeistert über das neue Volksbegehren. Nationalrat und Vizepräsident Thomas Matter bezeichnet dieses auf Anfrage als «super Sache». Wie sich die FDP positionieren wird, ist noch offen. Gemäss FDP-Ständerat Hans Wicki, der ebenfalls im Initiativkomitee sitzt, wird sich seine Partei erst festlegen, wenn der Bundesrat das Resultat der Verhandlungen mit der EU auf den Tisch legt.

Auch wenn der Initiativtext vor allem unter Juristen noch viel zu diskutieren geben wird, dürfte es den Initianten primär um eine andere, sehr viel politischere Diskussion gehen. Am liebsten möchten sie ein neues institutionelles Abkommen mit der EU verhindern. Die «Regulierungswut der Brüsseler Behörden» gefährdet aus ihrer Sicht das Erfolgsmodell Schweiz.

### Interessen der Unternehmer

Das zeigt sich am Titel der Initiative («Keine EU-Passivmitgliedschaft») und das wurde auch an der Medienkonferenz deutlich. «Wir wollen nicht, dass die EU unsere Gesetze macht», sagte etwa Initiant Urs Wietlisbach. Die Standortvorteile der Schweiz

würden untergraben. «In der Schweiz sind die Löhne im Schnitt 40 Prozent höher als in der EU.» Die Staatsverschuldung sei tief, die Sozialpartnerschaft etabliert, die Freiheit der Unternehmer gross. Und Alfred Gantner, dessen Unternehmen Partners Group auch in der EU Angestellte beschäftigt, sagte: «Schauen Sie mal über die Grenze: Dann sehen Sie einen Deindustrialisierungsprozess, der EU schwimmen die Felle davon.»

Die Initianten zeigten sich überzeugt, dass Unternehmer in der Schweiz viel weniger von der EU abhängig seien, als dies von der Politik immer behauptet werde. Er glaube nicht daran, dass die Schweizer Wirtschaft eine stärkere Anbindung an die EU brauche, um besser wirtschaften zu können, sagte Initiant Marco Sieber, ein Industrieller im Bereich Gebäudeenergie und -technik. «Die Zukunft liegt in den asiatischen Märkten wie auch im US-Markt.» Das institutionelle Abkommen, wie es der Bundesrat anstrebe, nütze vor allem den Grosskonzernen und nicht per se allen Schweizer Unternehmern.

### Über 1,5 Millionen Franken

Wo handfeste wirtschaftliche Interessen sind, da ist auch Geld. Die Kompass-Initiative beschäftigt Kommunikations- und Kampagnenprofis, in den nächsten Wochen sind in den Kantonen zahlreiche Informationsveranstaltungen geplant. Man rechne mit Ausgaben von sicher mehr als 1,5 Millionen, hiess es an der Medienkonferenz. Um sicherzugehen, dass die gesammelten Unterschriften alle echt seien, werde man zusätzliches Geld aufwerfen. Gleichzeitig weisen die Initianten den Vorwurf weit von sich, primär wirtschaftliche Eigeninteressen im Blick zu haben.

Für mehr Volksnähe dürften in der politischen Diskussion insbesondere die Prominenten aus Sport, Unterhaltung und Kultur sorgen, die sich ebenfalls für die Kompass-Initiative engagieren. Kurt Aeschbacher ist nicht allein. Auch Skilegende Bernhard Russi, der ehemalige Skiabfahrtsweltmeister Urs Lehmann, Musiker Dieter Meier und Rockmusiker Chris von Rohr sind dabei. Letzteren habe man nicht einmal angefragt, er habe sich von selbst gemeldet, hiess es an der Medienkonferenz.

## Zalando-Retourenzentrum baut 350 Stellen ab

**Onlinehandel** Ceva Logistics kündigt eine Massenentlassung in Neuendorf SO an.

Der Retouren-Dienstleister Ceva Logistic kündigt laut einer Mitteilung der Gewerkschaft Unia die Entlassung von 350 Mitarbeitern in Neuendorf SO an. Die Entscheidung fiel, nachdem Zalando den Vertrag mit dem Subunternehmen nicht weiter verlängerte. Die Schliessung des Standorts in Solothurn soll Ende des Jahres erfolgen.

Zalando schreibt auf Anfrage, dass die Retouren derzeit in zwei Zentren im Norden der Schweiz, und zwar in Neuendorf SO und Arbon TG abgewickelt würden.

Um den Markt besser bedienen zu können, habe sich der Konzern dazu entschieden, den Vertrag mit Ceva Logistics auslaufen zu lassen und künftig von einem Standort im Tessin aus zu operieren. Das von GXO betriebene Lager sei seit mehreren Jahren nachhaltig zertifiziert und spiegle damit die Strategie wider, die Auswirkungen auf die Umwelt zu reduzieren.

Für Zalando sei es aber von höchster Bedeutung, einen reibungslosen Ausstieg zu gewährleisten. Das Unternehmen lege

grossen Wert darauf, den Ausstieg aus der Kooperation mit Ceva Logistics verantwortungsvoll zu gestalten. Obwohl Ceva Logistics als Arbeitgeber für die Mitarbeitenden verantwortlich sei, setze sich Zalando dafür ein, dass sozialverträgliche Lösungen gefunden würden. So beteilige sich das Unternehmen beispielsweise freiwillig an einem Sozialpaket von Ceva Logistics.

Die Unia wehrt sich gegen die geplante Massenentlassung. Dabei betont sie, dass die Verantwortung für diese nicht nur bei

Ceva Logistics liege, sondern auch beim Modegiganten Zalando. Das Unternehmen profitiere seit Jahren von günstigen Arbeitnehmenden in Neuendorf und lasse nun Hunderte ohne Zukunftsperspektiven zurück. Die Gewerkschaft fordert einen umfassenden Sozialplan. Ceva Logistics gehöre zu einem milliardenschweren Konzern, der über genügend finanzielle Mittel verfüge, um eine sozialverträgliche Lösung zu finden.

Simone Steiner

## 1200 Jahre alte Bibel von Moutier kehrt in den Jura zurück

**Religion** Für eine Ausstellung kehrt die legendäre Bibel von Moutier-Grandval vom 8. März bis zum 8. Juni 2025 in den Jura zurück. Die rund 1200 Jahre alte Handschrift gehört zu den ältesten noch komplett erhaltenen illustrierten Bibeln der Welt.

Das Musée jurassien d'art et d'histoire (MJAH) in Delsberg schreibt in einer Medienmitteilung von «einem ausserordentlichen Zeugnis des historischen, kulturellen und religiösen Reichtums Europas». Die heute in der British Library in London aufbewahrte Bibel wurde um 830

in der Abtei Saint-Martin in Tours (F) geschaffen und der Abtei Moutier-Grandval als Geschenk überlassen. Rund zwanzig Mönche seien an der Entstehung des reich illustrierten Werks beteiligt gewesen. Besonderes Merkmal sei neben den zahlreichen Miniaturen die Schrift mit den karolingischen Minuskeln.

Die Bibel wird erstmals seit 1981 wieder in Delsberg zu sehen sein. Das MJAH wird sie nach eigenen Angaben in eine grosse Ausstellung mit weiteren Leihgaben aus deren Entstehungszeit einbetten. (SDA)